

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1070  
des Abgeordneten Axel Vogel  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Landtagsdrucksache 5/2745

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1070 vom 31.1.2011

### ***Konkretisierung der guten fachlichen Praxis per Rechtsverordnung***

Mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage 1009 „Erzeugung von nachwachsenden Rohstoffen im Einklang mit der guten fachlichen Praxis“ durch die Landesregierung vom 20.12.2010 sind weitere Fragestellungen aufgetreten. Ferner wurden einige Fragen von der Landesregierung nicht oder nur unvollständig beantwortet. Die Landesregierung gibt in ihrer Antwort nach den aktuell gültigen Rahmenbedingungen an, dass diese Regelungen der guten fachlichen Praxis (GfP) vom 29.11.1996 stammen. Der entsprechende Leitfaden ist als Publikation in den Ministerien nicht verfügbar. Aufgrund der von der Landesregierung beobachteten bedenklichen Entwicklungen in der Agrarlandschaft wie der Anbau von wenigen Kulturarten, Verengung von Fruchtfolge und Reduktion der Artenvielfalt ist die Erstellung einer Rechtsverordnung gemäß § 1b Abs. 4 BbgNatSchG überfällig. Die Zuständigkeit liegt dabei mittlerweile federführend bei der Umweltministerin und nicht wie bei der Erstellung der alten Richtlinie beim für Landwirtschaft zuständigen Minister. Eine rechtsverbindliche Konkretisierung der guten fachlichen Praxis für die Landwirtschaft ist dringend erforderlich.

### Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es geplant eine Rechtsverordnung zur guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft gemäß § 1b Abs. 4 BbgNatSchG in dieser Legislaturperiode in Kraft zu setzen? Falls nein, warum nicht?
2. Plant die Landesregierung eine Neuauflage der Publikation „Leitlinien der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bodennutzung“ vom 29.11.1996 oder ein Äquivalent? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht.
3. Bietet die Landesregierung Landwirten und Interessierten, neben Schulungen von Fachbehörden, Möglichkeiten der Information bezüglich der GfP? Welche?
4. Wie viele landwirtschaftliche Betriebe wurden in den Jahren 2007, 2008, 2009 auf die Einhaltung der Cross Compliance-Richtlinien (CC) in Brandenburg kontrolliert? Wie viel Prozent der Betriebe sind dies? Wie viele Verstöße wurden dabei in Brandenburg registriert? Welche Verstöße wurden festgestellt? Mit welchen Sanktionshöhen? Bitte nach Jahr, Art und Anzahl der Verstöße auflisten.

Datum des Eingangs: 03.03.2011 / Ausgegeben: 08.03.2011

5. Wie viele landwirtschaftliche Betriebe wurden in den Jahren 2007, 2008, 2009 auf die Einhaltung der Richtlinien der GfP kontrolliert? Wie viel Prozent der Betriebe sind dies? Wie viele Verstöße wurden dabei in Brandenburg registriert? Welche Verstöße wurden festgestellt? Mit welchen Sanktionshöhen? Bitte nach Jahr, Art und Anzahl der Verstöße auflisten.
6. Durch welche Institution erfolgen die Kontrollen der CC-Regelungen in Brandenburg?
7. Ist der Landesregierung bekannt wie viele landwirtschaftliche Betriebe sich den Auflagen der Cross Compliance durch Nichtteilnahme an dem angebotenen Agrarförderantrag und dem Verzicht auf Flächenprämien entziehen? Um wie viel Fläche handelt es sich dabei, wie wird der Trend der Nichtteilnahme an den Förderprogrammen eingeschätzt?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Ist es geplant eine Rechtsverordnung zur guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft gemäß § 1b Abs. 4 Bb-NatSchG in dieser Legislaturperiode in Kraft zu setzen? Falls nein, warum nicht?

Zu Frage 1:

Die politische Meinungsbildung innerhalb der Landesregierung ist zu dieser Frage noch nicht abgeschlossen.

Frage 2:

Plant die Landesregierung eine Neuauflage der Publikation „Leitlinien der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bodennutzung“ vom 29.11.1996 oder ein Äquivalent? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht.

Zu Frage 2:

Die Landesregierung plant derzeit keine Neuauflage der Publikation „Leitlinien der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bodennutzung“ vom 29.11.1996 oder eines Äquivalentes. Die „Leitlinien der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Bodennutzung“ von MELF und MUNR vom 29.11.1996 sind veröffentlicht in der Zeitschrift „Naturschutz und Landschaftspflege in Brandenburg“ Heft 1, 1997. Um die Verfügbarkeit der Leitlinien zu erhöhen, ist beabsichtigt, sie auf die Internetseite des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft zu stellen.

Frage 3:

Bietet die Landesregierung Landwirten und Interessierten, neben Schulungen von Fachbehörden, Möglichkeiten der Information bezüglich der GfP? Welche?

Zu Frage 3:

In den Wintermonaten finden sogenannte Winterschulungen als Vortragstagungen statt, während der Vegetationsperiode werden Schulungen vorrangig in Form von Feldtagen durchgeführt. Veranstalter sind die Universitäten bzw. Hochschulen, die Einrichtungen der Leibniz-Gesellschaft aber auch die Fachbehörden des Landes. Die gute fachliche Praxis steht zum Beispiel in den Lehrgängen zum Nachweis der Sachkunde im Pflanzenschutz, die mit einer sehr hohen Regelmäßigkeit und Beteiligung durch die Landwirte alljährlich durch das Landesamt für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) organisiert werden, dezidiert im Ablaufplan. In anderen Veranstaltungen, z. B. den Grünlandtagen und den Sortenfeldtagen des LELF oder den alljährlichen Feldtagen der Humboldt-Universität in Thyrow und Berge, werden Inhalte der guten fachlichen Praxis behandelt, aber zumeist im Zusammenhang oder innerhalb anderer Themen.

Frage 4:

Wie viele landwirtschaftliche Betriebe wurden in den Jahren 2007, 2008, 2009 auf die Einhaltung der Cross Compliance-Richtlinien (CC) in Brandenburg kontrolliert? Wie viel Prozent der Betriebe sind dies? Wie viele Verstöße wurden dabei in Brandenburg registriert? Welche Verstöße wurden festgestellt? Mit welchen Sanktionshöhen? Bitte nach Jahr, Art und Anzahl der Verstöße auflisten.

Zu Frage 4:

Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf die in den Anhängen II und III aufgeführten Rechtsnormen und Standards der Verordnung (EG) Nr. 73/2009. In Bezug auf die Art der Verstöße erfolgt eine Differenzierung auf Grundlage der anzuwendenden Sanktionsprozentsätze. Hieraus ist erkennbar, ob es sich um einen leichten Verstoß (1% Sanktion), einen Regelverstoß (3 % Sanktion) oder einen schweren Verstoß (5% Sanktion) handelt. Zudem sind Verstöße aufgeführt, die eine noch höhere Sanktion (mehr als 5%) nach sich ziehen. Hierzu zählen Wiederholungsverstöße und Verstöße bei denen der Antragsteller vorsätzlich gehandelt hat.

Jahre	Antragsteller	Vor-Ort-Kontrollen	Kontrollierte Antragsteller in %	Antragsteller mit Verstößen	Art der Kürzung			
					1%	3%	5%	mehr als 5%
2007	6.185	544	8,79	55	23	20	6	6
2008	6.078	543	8,93	28	7	12	2	7
2009	6.015	532	8,84	22	10	5	3	4

Frage 5:

Wie viele landwirtschaftliche Betriebe wurden in den Jahren 2007, 2008, 2009 auf die Einhaltung der Richtlinien der GfP kontrolliert? Wie viel Prozent der Betriebe sind dies? Wie viele Verstöße wurden dabei in Brandenburg registriert? Welche Verstöße wurden festgestellt? Mit welchen Sanktionshöhen? Bitte nach Jahr, Art und Anzahl der Verstöße auflisten.

Zu Frage 5:

Die Einhaltung der Grundsätze der Guten fachlichen Praxis wurde nur bis 2006 und nur bei den Antragstellern kontrolliert, die sich gemäß Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 an Agrar-Umwelt-Maßnahmen beteiligten und die die Ausgleichszulage für die benachteiligten Gebiete beantragt hatten. Erfasst war die Gute fachliche Praxis bei der Düngung und im Pflanzenschutz. Seit dem Jahre 2007, mit Beginn der in der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 geregelten aktuellen Förderperiode, ist diese Kontrolle durch die Kontrollen zu cross compliance ersetzt worden.

Frage 6:

Durch welche Institution erfolgen die Kontrollen der CC-Regelungen in Brandenburg?

Zu Frage 6:

Die CC-Kontrollen erfolgen in Brandenburg durch folgende Institutionen:

- FFH- und Vogelschutzrichtlinie
  - Zentraler technischer Prüfdienst im LELF
  - anlassbezogene Kontrollen erfolgen durch die untere Naturschutzbehörde der Landkreise und kreisfreien Städte

- Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung
  - Zentraler technischer Prüfdienst im LELF
- Klärschlammverordnung
  - Untere Abfallbehörde der Landkreise und kreisfreien Städte<sup>1)</sup>
- Düngeverordnung
  - Landwirtschaftsbehörde der Landkreise und kreisfreien Städte<sup>1)</sup>
- Grundwasserschutz
  - Untere Wasserbehörde der Landkreise und kreisfreien Städte<sup>1)</sup>
- Tierkennzeichnung Tierschutz, Tierseuchen, Lebens- und Futtermittelsicherheit
  - Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter der Landkreise und kreisfreien Städte<sup>1)</sup>
- Pflanzenschutz
  - Pflanzenschutzdienst im LELF

<sup>1)</sup>der Behördenaufbau unterliegt der Organisationshoheit der Landkreise und kreisfreien Städte, in Folge dessen besteht eine Zuordnungen zu Fachdiensten, Sachgebieten etc. entsprechend der zu kontrollierenden Rechtsnorm

Frage 7:

Ist der Landesregierung bekannt wie viele landwirtschaftliche Betriebe sich den Auflagen der Cross Compliance durch Nichtteilnahme an dem angebotenen Agrarförderantrag und dem Verzicht auf Flächenprämien entziehen? Um wie viel Fläche handelt es sich dabei, wie wird der Trend der Nichtteilnahme an den Förderprogrammen eingeschätzt?

Zu Frage 7:

Schon aus rechtssystematischen Gründen kann sich kein landwirtschaftliches Unternehmen den vom Europäischen Rat oder dem Europäischen Parlament erlassenen Richtlinien und Verordnungen entziehen, da diese von den Mitgliedsstaaten umzusetzen sind bzw. unmittelbar in dem jeweiligen Mitgliedsstaat gelten. In Deutschland erfolgt die Umsetzung nicht unmittelbar geltender Rechtsvorschriften durch die Fachgesetzgebung. Als einzige eigenständige Cross-Compliance-Regelung im Rahmen der Agrarförderung ist der Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 anzusehen. Bezüglich der dort festgeschriebenen verbindlichen Standards, greifen aber auch hier fachgesetzliche Regelungen wie z.B. Bodenschutz-, Wasser- oder Naturschutzgesetz.

Die Landwirtschaftsunternehmen ohne Agrarförderantrag entziehen daher nicht den in der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 aufgeführten Rechtsnormen, sondern allenfalls der Kürzung von Subventionen, die sie nicht beantragen.